



Verkehrssicherheitsarbeit der Polizei muss sich grundlegend neu aufstellen

Ein massiver Anstieg der Verkehrsdichte, deutlich mehr Unfälle durch aggressive Drängler und zu geringe Abstände, die wachsende Ablenkung durch Smartphones und die zunehmende Digitalisierung der Fahrzeuge – das sind nur einige der Herausforderungen, auf die die Verkehrssicherheitsarbeit der Polizei reagieren muss. Um den Veränderungen gewachsen zu sein, müssen sich die Verkehrsdirektionen der Polizei in den kommenden Jahren grundlegend neu aufstellen. Das ist das wichtigste Ergebnis des Verkehrsforums, zu dem die GdP unter dem Titel „Tatort Autobahn“ Führungskräfte und Berufspraktiker aus der Direktion Verkehr für den 2. November nach Köln eingeladen hatte.

Gleich zu Beginn des Forums berichtete Kölns Polizeipräsident Jürgen Mathies, was es heißt, wenn durch PS-Boliden überforderte Fahrer auf völlig überfüllte Straßen stoßen, wenn die Polizei der ständig wachsenden Ablenkung durch Smartphones nicht mehr Herr wird, und Lkw-Fahrer in Serie Verkehrsregeln missachten, um ihren Arbeitsplatz nicht zu verlieren. Die Folgen lassen sich tagtäglich auf NRW's Straßen beobachten. Alleine im Bereich der Autobahnpolizei Köln stieg im vergangenen Jahr die Zahl der Verkehrstoten um einhundert Prozent. Für Verkehrsexperten steht deshalb längst fest, dass sich das noch immer von der Landesregierung proklamierte Ziel, die Zahl der Verkehrstoten bis 2020 um 20 Prozent zu reduzieren, nicht erreichen lässt. „Wenn wir nicht aktiv gegensteuern, müssen wir auch in diesem Jahr mit mehr als 500 Verkehrstoten und 13 000 Schwerverletzten alleine in NRW rechnen. Das ist nicht hinnehmbar!“, betonte auf dem Forum der stellvertretende Landesvorsitzende Michael Mertens. Mertens forderte deshalb eine grundlegende Neuausrichtung der Verkehrssicherheitsarbeit der Polizei. „Die Polizei muss in Zukunft so ausgestattet sein, dass sie bei Verkehrskontrollen auf die im Fahrzeug gespeicherten Daten zugreifen kann“, sagte er. Zudem müssen auch die Verkehrsunfallaufnahme und die Anzeigenaufnahme der Polizei digitalisiert werden.

Handlungsbedarf sieht die GdP auch bei der Weiterbildung im Verkehrsbereich. „Wir müssen in den

Verkehrsdirektionen wieder Experten ausbilden“, sagte Mertens. Es sei zum Beispiel ein Fehler gewesen, den Sachverstand zur Kontrolle des Schwerlast- und des Personenverkehrs zunehmend auf die Präsidien mit Autobahnpolizei zu konzentrieren.

Unterstützung hielt die GdP für ihre Forderungen auch von den Referenten des Forums. Martin Lotz, Leiter der Verkehrsdirektion im Polizeipräsidium Köln, setzt vor allem auf einen massiven Ausbau des Kontrolldrucks auf den Autobahnen. Dabei könnten auch semistationäre Geräte zum Einsatz kommen, die, einmal aufgestellt, über mehrere Tage oder Wochen an der gleichen Stelle den Verkehr überwachen, ohne dass dafür Polizei-beamte vor Ort sein müssen. In Köln werden zurzeit im Auftrag des Innenministeriums bereits zwei Geräte von verschiedenen Herstellern getestet, mit enormen Blitzerzahlen. Trotzdem ist Lotz mit dem bisherigen Ergebnis noch nicht zufrieden. „In Zukunft brauchen wir eine Übertragung der gemessenen Geschwindigkeitsverstöße in Echtzeit. Technisch ist das möglich, die Umsetzung scheitert aber noch an der entsprechenden Zulassung durch die Physikalisch-Technische-Bundesanstalt. Andere Länder in Europa sind da längst weiter“, sagte er. Auch bei der Umsetzung von Sektion-Control

kommt die Polizei nicht so schnell voran, wie gewünscht. Eine erste Pilotanlage dazu ist zwar längst in Niedersachsen aufgebaut, aber noch immer nicht in Betrieb gegangen, berichtete Lotz.

Auch Rüdiger Wollgramm, seit dem vergangenen Jahr Referatsleiter Verkehr im Düsseldorfer Innenministerium, betonte auf dem GdP-Forum die Notwendigkeit einer strategischen Neuausrichtung der Verkehrssicherheitsarbeit der Polizei. „Wir brauchen in der Direktion Verkehr wieder mehr Fachkompetenz“, betonte er auf dem Forum. Zwar muss die Polizei auch in Zukunft bei der Auswertung komplexer Verkehrsunfälle Sachverständige hinzuziehen können, „aber der erste Angriff muss bei uns bleiben“ forderte er. Zudem trat Wollgramm auf dem GdP-Forum für eine andere Arbeitsverteilung in den Verkehrsdirektionen ein. „Polizisten auf dem Radarwagen können wir uns in Zukunft nicht mehr leisten, das können auch Tarifbeschäftigte der Polizei ma-



chen“, sagte er. Wollgramm hält es zudem für dringend erforderlich, dass die Polizei in Zukunft über eigene IT-Forensiker für die Verkehrsunfallaufnahme verfügt. NRW's oberster Verkehrspolizist hat bereits eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die weitere Anforderungen für eine strategische Neuausrichtung der Direktion Verkehr erarbeiten soll. „Für die Arbeitsgruppe gibt es keine Denkverbote“, betonte er.

Frank Kubicki, Direktionsleiter Verkehr im Polizeipräsidium Düsseldorf, erläuterte auf dem Forum, welche zusätzlichen Anforderungen dadurch auf die Polizei zukommen, dass die Autobahnen auch Tatort sind. Das Feld reicht vom Aufschlitzen der Lkw-Planen zur Entnahme von Diebesgut bis zur Nutzen der Fernstraßen als Fluchtweg der Täter nach Wohnungseinbrüchen oder dem

Sprengen von Geldautomaten. Neben einer Verstärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit der Polizei der Nachbarländer seien mehr anlassunabhängige Kontrollen verdächtiger Fahrzeuge notwendig. Die GdP fordert bereits seit Jahren, dass auch in NRW eine Rechtsgrundlage für die sogenannte Schleierfahndung geschaffen wird. Mehr Infos: www.gdp-nrw.de

Ein weiterer, wichtiger Schritt bei der Bekämpfung der Terrorgefahr



Das Land hat nochmal nachgelegt. Nach der Erhöhung der Einstellungszahlen auf 2000 Anwärterinnen und Anwärter und der Bereitstellung von 350 zusätzlichen Stellen im Tarifbereich bereits in diesem Jahr, hat die Landesregierung am 9. November – nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe – ihren eigenen Haushaltsentwurf für 2017 noch einmal nachgebessert. 175 IT-Experten sollen zusätzlich bei der Polizei und beim

Verfassungsschutz eingestellt werden, um im Internet potenzielle Terrorverdächtige aufzuspüren und Anschläge bereits in der Vorbereitungsphase zu verhindern. 140 der zusätzlichen IT-Experten kommen zur Polizei.

Die neuen Cyberexperten sollen das Darknet nach potenziellen Terroristen durchleuchten. Und sie sollen Straftaten, die über das Internet begangen werden, aufklären. Denn hier ist die Polizei noch immer zu schwach aufgestellt, trotz des bereits vor fünf Jahren gestarteten Kompetenzzentrums Cybercrime.

Dass die Gefahr eines islamistischen Terroranschlags in NRW ganz real ist, zeigt eine andere Meldung vom gleichen Tag. Fünf IS-Unterstützer konnte die Polizei bundesweit auf einem Schlag festnehmen. Der Hauptverdächtige Abu Walaa, der „Mann ohne Gesicht“, lebte im niederrheinischen Tönisvorst.

Dauerhaft abgewehrt ist auch mit diesem Zugriff die Terrorgefahr in NRW zwar noch nicht, aber die Verhaftung der führenden IS-Köpfe zeigt, dass Polizei und Verfassungsschutz den Terroristen auf der Spur sind. Trotz der noch immer bestehenden personellen Engpässe in vielen Bereichen. Die zusätzlichen Stellen zeigen auch, dass die Landesregierung die Gefahr erkannt hat. Die Verstärkung, die wir jetzt bekommen werden, wird trotzdem mit Sicherheit nicht die letzte sein. Dazu gehört auch, dass die bereits in diesem Jahr geschaffenen zusätzlichen 350 Stellen im Tarifbereich entfristet werden. Denn wir brauchen die neuen Kolleginnen und Kollegen auf Dauer!

Arnold Plickert,
Landesvorsitzender

Rüstzeiten: Verhandeln statt ignorieren

Auf- und Abrüsten ist kein Privatvergnügen, sondern Dienst. So lässt sich das Urteil kurz zusammenfassen, mit dem das Oberverwaltungsgericht NRW (OVG) am 3. November den Rechtsstreit um die Anerkennung von Rüstzeiten im Wach- und Wechseldienst beendet hat.

Konkret hat das OVG über die Klagen von fünf von der GdP unterstützten Musterklägern aus Dortmund, Wesel, Bochum und dem Ennepe-Ruhr-Kreis entschieden, denen das Land als Dienstherr bislang die Anerkennung von Zeiten für das im Wach- und Wechseldienst

regelmäßig erforderliche Auf- und Abrüsten außerhalb der Schichtdauer verweigert hat.

Das OVG hat sich damit im Grundsatz der Auffassung der erstinstanzlichen Gerichte angeschlossen. Auch in diesen Verfahren hatten die Richter dem Land bereits deutlich gesagt, dass es die Anerkennung von Dienstzeiten nicht durch den stetigen Verweis auf eine Erlasslage verweigern kann, die sich in der Realität des Wach- und Wechseldienstes nicht umsetzen lässt. Damit ist das Land mit

dem Versuch gescheitert, den Rechtsstreit durch den Verweis auf den Erlass aus dem Jahr 2011 für erledigt erklären zu lassen. Der Erlass schreibt zwingend vor, dass das Auf- und Abrüsten innerhalb der Schichtdauer zu geschehen hat.

Allerdings hat sich das OVG ausdrücklich nicht festgelegt, wie viel Zeit den Musterklägern für das Anlegen der persönlichen Ausrüstungsgegenstände gutzuschreiben ist. Das liegt daran, dass die Richter den über die regelmäßige Arbeitszeit erbrachten Dienst zwar



nicht als Freizeit, aber auch nicht pauschal als Arbeitszeit im Sinne der Arbeitszeitverordnung Polizei (AZVOPol) werten wollten. Arbeitszeiten, so die Begründung, seien unter Beteiligung der Personalvertretung durch den Dienstherrn innerhalb seines Organisationsermessens festzulegen. Tue er das mit Blick auf die Rüstzeiten nicht und genehmige zusätzlich erbrachte Leistungen auch nicht als Mehrarbeit, könne dies nicht ohne Weiteres durch eine Entscheidung der Beschäftigten bzw. nachgeordneter Führungskräfte ersetzt werden.

Das bedeutet aus Sicht des OVG aber nicht, dass ein Anspruch auf Ausgleich für einen so erbrachten Dienst gar nicht erfolgen muss. Im Gegenteil: Der Dienstherr sei unter Umständen allein aufgrund der langjährigen geübten Praxis und der Tatsache, dass er vom Verhalten seiner Beschäftigten faktisch profitiere, zu einem Ausgleich nach Treu und Glauben verpflichtet. Dafür, wie dieser Ausgleich stattfinden soll, sah das Gericht ausdrücklich den Dienstherrn in der Pflicht, der dies durch Verhandlungen mit den Beschäftigten und ihren Vertretungen lösen müsse.

Das Gericht hat damit die seit Jahren vertretene Auffassung der GdP bestätigt, dass die Frage der Rüstzeiten endlich außergerichtlich geklärt werden muss. Mit der bevorstehenden Neufas-

sung der Arbeitszeitverordnung der Polizei (AZVOPol) besteht hierfür aktuell ein nahezu perfektes Zeitfenster. Die GdP hat bereits in ihrer Stellungnahme zur AZVOPol vorgeschlagen, den Dienstbeginn im Wach- und Wechseldienst grundsätzlich 15 Minuten vor den Schichtbeginn zu legen und die Diskussion so aus der Welt zu schaffen. Die Anerkennung der Rüstzeiten wäre darüber hinaus auch ein wichtiges Signal der Wertschätzung an den Wach- und Wechseldienst.

Als weiteren Schritt nach dem Urteil muss jedoch auch über Ansprüche von Betroffenen aus der Vergangenheit geredet werden. Rund 5000 Kolleginnen und Kollegen haben landesweit Anträge auf Anerkennung von Rüstzeiten gestellt, die mit Blick auf die Musterverfahren vor dem OVG ruhend gestellt sind. Auch hier hat das Gericht den Druck auf das Land erhöht, auf die Betroffenen zuzugehen, anstatt weiter darauf zu beharren, dass es über die bestehende Er-

lasslage hinaus keinen Regelungsbedarf gebe.

Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses lag die schriftliche Urteilsbegründung des OVG noch nicht vor. Trotzdem ist die Richtung, die es vorgibt, bereits klar: Das Urteil des obersten Verwaltungsgerichts in NRW bringt im Ergebnis sicher nicht die erhoffte Klarheit, da es die wichtigste Frage, nämlich wie viel Arbeitszeit für das Anlegen der persönlichen Ausrüstungsgegenstände aufgewendet werden muss, unbeantwortet lässt. Das Urteil stellt aber auch unmissverständlich klar, dass die Frage der Rüstzeiten endlich so geregelt werden muss, dass das in der Realität des Dienstbetriebs auch umsetzbar ist.



Chance auf Höherstufung prüfen!

Seit dem Inkrafttreten des Dienstrechtsanpassungsgesetzes zum 1. Juni 2013 kommt es bei der Beamtenbesoldung nicht mehr auf das Besoldungsdienstalter bzw. das Lebensalter an, sondern auf die erworbenen Erfahrungsstufen. Alle bis dahin bestehenden Beamtenverhältnisse wurden 1:1 in das neue System übergeleitet. Das war im Regelfall auch aus Sicht der Betroffenen völlig in Ordnung, da sie nicht schlechter dastanden als vorher. Übersehen wurde dabei aber, dass es keine Möglichkeit für diejenigen Beamtinnen und Beamten gab, die sich bei einer Festsetzung ihrer Erfahrungsstufe nach neuem Recht tatsächlich bessergestellt hätten, entsprechend in das neue Besoldungsrecht zu wechseln.

Der Gesetzgeber hat das mit dem zum 1. Juli dieses Jahres in Kraft getretenen § 91 Abs. 13 Landesbesoldungsgesetz (LBesG) nachgeholt und

ermöglicht allen Betroffenen, ihre Stufenfestsetzung überprüfen zu lassen.

Der entsprechende Antrag muss spätestens zum 30.06.2017 eingegangen sein. Wird die Erfahrungsstufe daraufhin korrigiert, gilt das frühestens ab dem Jahr, in dem der Antrag gestellt wurde. Wer also bereits in der Endstufe ist, kann nicht rückwirkend profitieren. Wenn der Antrag noch für dieses Jahr wirksam sein soll, muss er spätestens bis zum 31. Dezember 2016 vorliegen.

Wann ist ein Antrag sinnvoll?

Sinnvoll ist ein Antrag auf Stufenüberprüfung im Regelfall für Beamtinnen und Beamte mit lückenloser Dienstzeit, die vor Juni 2013 als Beamter auf Probe ernannt worden sind und zu diesem Zeitpunkt das 21. Lebensjahr (mittlerer Dienst), das 23. Lebensjahr (gehö-

berer Dienst) oder das 29. Lebensjahr (höherer Dienst) noch nicht vollendet hatten. Wer bei Ernennung schon älter war, bei dem ist der Antrag nur sinnvoll, wenn anrechenbare Erfahrungszeiten vorliegen. Dazu gehören auch Erziehungszeiten und Wehr- oder Zivildienst.

Aber Vorsicht: Ein Antrag auf Stufenüberprüfung kann auch dazu führen, dass der Dienstherr die Stufenfestsetzung des Antragstellers nach unten korrigiert. Eine Günstigkeitsprüfung findet nicht statt.

Um das zu verhindern, hat der Landesbezirk für alle betroffenen Mitglieder ein Musterformular auf seine Homepage gestellt. Der Antrag auf Festsetzung einer neuen Erfahrungsstufe ist darin ausdrücklich auf den Fall beschränkt, dass die Überprüfung der Erfahrungszeiten günstiger ausfällt.

Mehr Infos:
melanie.stolle@gdp-nrw.de





2016 – Ein Rückblick in Schlagzeilen

picture alliance / dpa / Markus Böhm

++++ **Silvester 2015/2016:** Massenhafte Übergriffe auf Frauen am Kölner Dom verändern schlagartig die Wahrnehmung der Inneren Sicherheit. Plötzlich wird die Forderung nach einer Aufstockung der Polizei mehrheitsfähig. Die NRW-Landesregierung reagiert zunächst zögerlich auf die Ereignisse der Kölner Silvesternacht, legt dann aber Mitte Februar ein **15-Punkte-Programm zur Stärkung der Inneren Sicherheit** vor. Die GdP begrüßt den Plan, mehr Polizisten einzustellen. Bei der Umsetzung des Programms kann sie durchsetzen, dass erstmals auch wieder zusätzliche Tarifbeschäftigte eingestellt werden. Dadurch sollen Polizeivollzugsbeamte entlastet werden, um sich wieder verstärkt ihren polizeilichen Kernaufgaben zuzuwenden. ++++ Eine gute Nachricht: Am 18. Februar lässt sich Innenminister Jäger von der GdP überzeugen, dass alle eingesetzten Kräfte aus NRW für die Bereitschaftszeiten beim **G7-Gipfel** in Elmau 1:1 vergütet werden. ++++ Für Freude sorgt der 10. März leider nicht: Die Veröffentlichung der **Polizeilichen Kriminalstatistik 2015** übertrifft alle Befürchtungen. Gestiegen ist vor allem die Zahl der Wohnungseinbrüche in NRW, um plus 18 Prozent. Die GdP fordert die Landesregierung auf, die Kriminalkommissariate entsprechend zu verstärken. ++++ Wegen der enorm gestiegenen Terrorgefahr macht sich die GdP dafür stark, dass die Polizisten flächendeckend mit Schutzwesten ausgestattet werden, die auch beim Beschuss mit Langwaffen helfen. Das Innenministerium kommt der Forderungen umgehend nach und stattet alle **Streifenwagen mit verstärkten Westen** aus. ++++ Der anhaltend hohe Migrantenstrom stellt nicht nur Politik und Kommunen, sondern auch die Polizei immer wieder vor neue Herausforderungen. Mitte März widmet sich das **Kriminalforum** der GdP deshalb dem Thema „Kriminalität gegen, von und unter Zuwanderer(n)“. Die GdP setzt damit auch ein Zeichen, die von den Flüchtlingen begangenen Straftaten nicht politisch zu missbrauchen. ++++ Am 6. April reagiert die rot-grüne Landesregierung erneut auf die veränderte Sicherheitslage. Innenminister Jäger erklärt, dass ab 2017 jedes Jahr **2000 Kommissaranwärterinnen und -anwärter** eingestellt werden. Damit ist der jahrelange Personalabbau bei der Polizei vorerst gestoppt. ++++ Mit einem **Ausbildungssymposium** greift der Landesbezirk am 22. April die Arbeitsbelastung der Polizei auf und diskutiert über die Frage, wie die zusätzlichen Neueinstellungen bewältigt werden können, ohne dass dadurch der hohe Qualitätsstandard der Polizeiausbildung in NRW gefährdet wird. ++++ Ende April kommt es zu einer Herausforderung der besonderen Art: Während des **Obama-Besuchs** in Hannover werden drei Einsatzhundertschaften aus NRW in einer ehemaligen Kaserne in Zimmern mit blutverschmierter Bettwäsche und mit Matratzen mit Urin- und Spermaspuren untergebracht. Die GdP interveniert sofort. Die Kolleginnen und Kollegen bekommen daraufhin eine bessere Unterkunft. ++++ Das am 9. Mai veröffentlichte **Lagebild des LKA** bringt erneut ein altes Problem ans Tageslicht: 2015 gab es in NRW 7840 Übergriffe auf Kolleginnen und Kollegen, 497 Polizisten wurden sogar schwer verletzt. Innenminister Jäger kündigt daraufhin einen Trageversuch für





Bodycams in NRW an und setzt damit endlich eine alte GdP-Forderung um. ++++ Dass ein durchgehender Schichtdienst mit einer 41-Stunden-Woche unweigerlich zu Gesundheitsschäden führt, ist unter Fachleuten unbestritten. Ende Juni diskutiert die GdP deshalb auf ihrem **Schichtdienstforum** über die Frage, wie andere, weniger gesundheitsbelasteten Formen der Arbeitszeitgestaltung bei der Polizei aussehen können. ++++ NRW bleibt grün: Bei den **Personalratswahlen** vom 6. bis 9. Juni schneidet die GdP mit einem Top-Ergebnis ab: In 44 von 47 Kreispolizeibehörden, in den Landesoberbehörden LKA, LAFP, LZPD sowie in der Hochschule der Polizei erringt sie die Mehrheit aller Mandate. Das bedeutet eine Steigerung um zwei Behörden gegenüber dem ohnehin bereits hervorragenden Abschneiden vier Jahre zuvor. Im **PHPR** gehen zudem elf der 15 Mandate an die GdP. Rainer Peltz wird erneut zum Vorsitzenden gewählt. ++++ Der Juli bringt Streit um das neue **Dienstrechtsmodernisierungsgesetz**: Frauen sollen nach dem Willen der rot-grünen Landesregierung in Zukunft grundsätzlich bevorzugt befördert werden, wie die Behörden die Frauenquote anwenden sollen, lässt das Innenministerium jedoch offen. Die GdP kritisiert, dass die Gesetzesänderung mitten in der dreijährigen Beförderungsrunde umgesetzt werden soll und fordert eine stärker auf die spezifische Situation der Polizei zugeschnittene Regelung. ++++ Nach intensiven Gesprächen kommt Ministerpräsidentin Kraft Mitte Juli der GdP entgegen: Die Wiederbesetzungssperre bei der Polizei wird von 18 auf zwölf Monate verkürzt. Die Beförderungen aus dem 1. Halbjahr 2017 werden vorgezogen. Dadurch entstehen kurzfristig mehr als 1600 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten. Der Druck aus dem Kessel wird deutlich geringer, ganz gelöst ist das Problem damit aber noch nicht. ++++ Würzburg, München, Ansbach: Der Spätsommer verschafft den Städten traurige Berühmtheit und zeigt, dass der **Terrorismus in Deutschland** Einzug gefunden hat. Nach der Schockstarre erkennt die Politik, dass mehr Investitionen in die Polizei nötig sind. Auch die anderen Bundesländer kündigen daraufhin an, wieder mehr Polizisten einzustellen. NRW reagiert auf die veränderte Lage mit dem neuen Trainingsmodell **AMOK-TE**. ++++ Am 30. August wird im Landtag ein Bericht zur Arbeitsbelastung der Polizei vorgestellt. Danach gab es bei der Polizei in NRW im vergangenen Jahr fast **zwei Millionen neue** Überstunden. 17 Prozent mehr als im Vorjahr. ++++ 1920 Kommissaranwärterinnen und -anwärter beginnen am 1. September ihr Bachelorstudium. Mehr als 1800 von ihnen entscheiden sich in den kommenden Wochen für die Mitgliedschaft in der GdP. ++++ Der Oktober sorgt für eine weitere Schockwelle: Ein sogenannter **Reichsbürger** schießt in Bayern auf vier Polizisten, ein Beamter erliegt seinen Verletzungen. Wenig später meldet der Verfassungsschutz, dass es auch in NRW mehrere Hundert sogenannte Reichsbürger gibt. Zwei von ihnen sind sogar Polizisten. Gegen sie laufen Ermittlungsverfahren. ++++ Am 14. Oktober legt die **Zentrale Informationsstelle Sparteinsätze (ZIS)** ihren jüngsten Saisonbericht vor. Danach ist zwar die Zahl der gemeldeten Straftaten in den Stadien gesunken, aber es gab mehr verletzte Unbeteiligte und Polizisten. Auch der Einsatz von Pyro-Feuerwerk stieg. ++++ Der GdP-Herbst startet Mitte Oktober ganz im Sinne der Bildung: Das **Jugendforum** beschäftigt sich mit der Frage, was Jugendliche in die Arme von radikalisierten Islamisten treibt. Die **HD-Frauentagung** lädt kurz darauf Kolleginnen aus dem höheren Dienst zum Netzwerken ein und Anfang November beschäftigt sich das **Verkehrsforum** mit dem Tatort Autobahn. ++++ Pünktlich zum Reformationstag unterzeichnen am 31. Oktober sechs Innenminister die **Aachener Erklärung**. Deutschland, Belgien und die Niederlande kündigen darin an, die grenzüberschreitende Strafverfolgung durch eine bessere Zusammenarbeit und durch internationale Ermittlungsteams zu beschleunigen. Auch NRW wird sich daran beteiligen.



Jubiläumsszulage

Das Finanzministerium hat Ende Oktober den Entwurf für eine Jubiläumsszulagungsverordnung (JZV) für die Beamtinnen und Beamten in NRW vorgelegt. Damit soll es nach 19 Jahren Pause wieder eine Regelung geben, nach der Beamtinnen und Beamte mit langen Dienstzeiten eine Anerkennung erfahren.

Der Verordnungsentwurf orientiert sich an den Vorschlägen, den die regierungstragenden Fraktionen im Landtag NRW bereits am 31. Mai dieses Jahres in einem Entschließungsantrag gemacht haben. Danach soll es nach 25 Dienstjahren 300 Euro, nach 40 Jahren 450 Euro und nach 50 Jahren 500 Euro geben. Wann die Verordnung beschlossen wird, ist noch nicht klar. Klar ist aber, dass sie rückwirkend zum 1. Juli 2016 in Kraft treten soll.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:

Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de

Redaktion:

Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-nrw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38
vom 1. Januar 2016
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

Redaktionsschluss der Januar-Ausgabe
ist der 1. Dezember.

GdP-Service GmbH NRW:

Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-reiseservice.de
E-Mail: pinguin@gdp-reiseservice.de

Neue Besoldungstabellen online



Ab dem 1. Januar 2017 wird die jährliche Sonderzahlung für die Beamtinnen und Beamten, die bisher im Dezember ausgezahlt worden ist, in die Bezüge für den laufenden Monat eingerechnet. Für Beamte der Besoldungsgruppe A 7 und A 8 steigen die monatlichen Bezüge dadurch um 3,75 Prozent, in der Besoldungsgruppe A 9

bis A 16 sind es 2,50 Prozent mehr. Das entspricht rechnerisch der bisherigen Jahressonderzahlung in Höhe von 45 Prozent (A 7 und A 8) bzw. von 30 Prozent (A 9 bis A 16). Auch die monatlichen Bezüge der Versorgungsberechtigten steigen entsprechend. Weil ihr Sonderzahlungsanspruch niedriger ist als der der aktiven Beschäftigten, fällt der Anstieg bei ihnen mit 3,25 Prozent (A 7 und A 8) bzw. mit 1,83 Prozent allerdings etwas geringer aus.

Wer auf Euro und Cent ganz genau wissen will, was die Umstellung der Jahressonderzahlung für ihn bedeutet, findet die ab dem 1. Januar geltenden neuen Besoldungstabellen unter dem Stichwort Beamtenpolitik auf der GdP-Homepage.

Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 5.12. Manfred Flaschka, Detmold
- 9.12. Alfred Mertens, Waldbröl
- 12.12. Heinz Heck, Remscheid
- 20.12. Hans-Gerd Hönscheid, Wuppertal
- 22.12. Johanna Lempka, Münster
- 26.12. Paul Meier, Hövelhof
- 27.12. Karl Janning, Bottrop
- 30.12. Heinz Bramhoff, Oberhausen

91. Geburtstag

- 4.12. Günter Kern, Erftstadt
- 6.12. Theodor Behrendt, Duisburg
- 7.12. Elli Hammer, Viersen
- 9.12. Anneliese Proske, Unna
- 24.12. Anne-Margret Pape, Bielefeld
- 25.12. Loni Bentrup, Bielefeld
- 31.12. Helga Klein, Bochum

92. Geburtstag

- 1.12. Rudolf Müller, Kempen
- 6.12. Kurt Buchholz, Solingen
- 13.12. Heinrich Grelka, Meschede
- 15.12. Margarete Bruckhaus, Duisburg
- 18.12. Hedwig König, Paderborn
- 21.12. Kurt Wehowski, Recklinghausen
- 25.12. Jakob Jonen, Bonn
- 29.12. Hermann Hanisch, Krefeld

93. Geburtstag

- 7.12. Siegfried Fulland, Bochum

94. Geburtstag

- 3.12. Bernhard Rottmann, Nottuln
- 14.12. Gerhard Heese, Münster
- 18.12. Willibald Kuß, Gelsenkirchen
- 26.12. Johannes Franzpötter, Beckum
- 31.12. Erich Voessing, Warburg

95. Geburtstag

- 14.12. Hans Mertens, Essen
- 19.12. Elisabeth Ikier, Selm
- 20.12. Johann Ludwig, Düsseldorf

96. Geburtstag

- 3.12. Ilse Martin, Wuppertal
- Hans Selonke, Rhaderfehn
- 4.12. Ilse Wörmann, Bielefeld
- 20.12. Else Möller, Witten
- 22.12. Heinrich Buchholz, Oberhausen

97. Geburtstag

- 12.12. Lieselotte Pauluhn, Koblenz
- 19.12. Ursula Welling, Düsseldorf
- 25.12. Ella Müller, Nettetal
- 30.12. Ursula Spielmann, Siegburg

100. Geburtstag

- 12.12. Hugo Timmer, Essen

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP NRW wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.



Networking zur Förderung von Frauenkarrieren in der Polizei

Dass Frauen im höheren Dienst selten anzutreffen sind, zeigt nicht nur der berufliche Alltag: Obwohl im NRW-Polizeidienst der Frauenanteil bei 21,9 Prozent liegt, sind nur 12,9 Prozent der Stellen im höheren Dienst mit Kolleginnen besetzt. Dem „Warum“ ist die Frauengruppe der GdP Ende Oktober auf einer Tagung für Polizistinnen im höheren Dienst nachgegangen. Es war bereits die zweite HD-Tagung für Frauen zum Thema Karriereförderung.

Unter Anleitung der Soziologin Martina Rukavina diskutierten die Teilnehmerinnen über Hindernisse, die Kolleginnen innerhalb ihrer Karriereplanung begegnen. Nicht nur die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die geringe Nachwuchsförderung sowie das eigene Selbstbild wurden bemängelt. Insbesondere sehen sich Frauen nach wie vor in den Beurteilungen benachteiligt.

Die Frauenpolitikerin Rukavina wurde nicht müde zu betonen, dass Netzwerke bewiesenermaßen karrierefördernder wirken würden als Fleiß und Leistung. „Frauen neigen öfter als Männer dazu, ihr Licht unter den Scheffel zu stellen. Dabei ist gerade in Beförderungsfällen wichtig, sich selbst zu präsentieren“, erklärte die Seminarleiterin.

Ein Mittel dazu sind Netzwerke: Was für viele nach Klüngerei und Vetternwirtschaft klingt, wird gerade von weiblichen Kollegen unterschätzt. Um in entscheidenden Situationen Unterstützung zu erhalten, brauchen Frauen Netzwerke: „Stecke ich z. B. in einer beruflich verfahrenen Situation, kann ich schnell eine Kollegin anrufen, die auf ähnlicher Position arbeitet. Vielleicht weiß die eine Lösung.“

Nicht nur der GdP-Frauenvorstand hat die Notwendigkeit von Frauennetzwerken innerhalb der Polizei erkannt. Da diese Option momentan von Kolleginnen weniger als von Kollegen genutzt wird, möchte Frauengruppenvorsitzende Martina Filla hier Hilfestellung leisten und regte ihre Kolleginnen dazu an, eigene Ideen zum Netzwerken zu entwickeln: „Als Vorstand kann ich ein

Netzwerk nur anstoßen. Die kontinuierliche Pflege muss von den Frauen selbst getragen werden. Denn am Ende sollte die Form des Netzwer-



kens gut in den Alltag der Kollegin passen.“

Auch ver.di-Frau Rukavina betonte: „Netzwerken soll als Entlastung und nicht als unangenehme Pflichterfüllung empfunden werden. Sie bieten eine Stütze, ohne die man schnell aufgeschmissen wäre.“

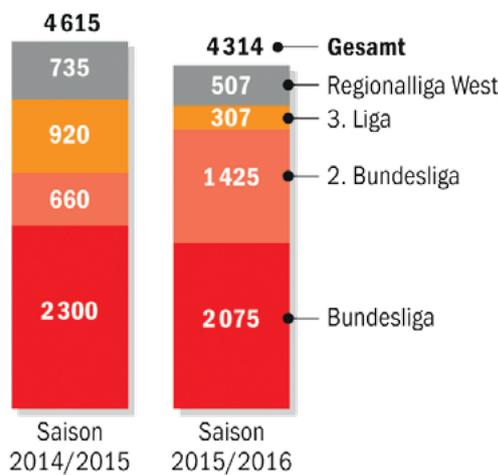
In Arbeitsgruppen entwickelten die anwesenden Frauen Ideen, wie sie sich stärker untereinander vernetzen könnten: So wurden Pläne geschmiedet, regelmäßig Regionaltreffen zu veranstalten, aber auch berufliche Fachgruppen zu bilden. Gewünscht wurde vor allem eine Datenbank aller interessierten Frauen im höheren Dienst.

Das während der Tagung von den Kolleginnen angefragte Seminar für 2017 konnte zwischenzeitlich bereits festgezurrert werden: Vom 27. bis 28. 3. 2017 findet das Seminar: „Führungskräfte Frauen - Selbstbehauptung in männlichen Strukturen“ statt.

Mehr Infos: frauen@gdp-nrw.de

Keine Entspannung in Sicht

Gewaltbereite Fußballfans in NRW



Quelle: Zentrale Informationsstelle Sparteinsätze (ZIS)



In der vergangenen Bundesligasaison ist die Zahl der gewaltbereiten oder gewaltsuchenden Fußballfans in NRW leicht um 301 Störer gesunken. Nach Beobachtungen der ZIS sind die Veränderungen gegenüber der vorangegangenen Saison neben dem Auf- und Abstieg einzelner Clubs vor allem auf eine veränderte Bewertung problematischer Fangruppen einzelner Vereine durch die Polizei zurückzuführen. Eine generelle Trendwende zu weniger Gewalt im Umfeld der Spiele sei dagegen nicht zu beobachten. Sorge bereitet der GdP zudem die anhaltend hohe Zahl von Körperverletzungsdelikten in der Bundesliga und das Abfackeln von Pyrotechnik. GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert hat die Vereine und die Fanggruppierungen aufgefordert, dem Einsatz von Pyrotechnik in den Stadien entschieden entgegenzutreten.



Bildungsprogramm 2017 steht!



Seit Anfang Dezember ist das neue Bildungsprogramm des Landesbezirks online. Neben den Bildungsklassikern finden darin auch in diesem Jahr wieder etliche aktuelle politische Themen ihren Niederschlag – von der Flüchtlingspolitik über Europa, Rechtsextremismus, den Islam bis zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Auch zum Tarifrrecht, zur Vertrauensleute- und Personalarbeit und für die verschiedenen Arbeitsbereiche der Polizei gibt es eigene Seminare – vom Wach- und Wechseldienst über den Ermittlungsdienst, die Bereitschaftspolizei und die Verwaltungsbeamten bis zur Direktion Verkehr. Alle Seminare sind für die GdP-Mitglieder kostenlos. Mehr Infos gibt es im beiliegenden Bildungsprogramm 2017 oder direkt bei der Abteilung Bildung, Tel.: 02 11/2 91 01-42/30, E-Mail: betty.becker@gdp-nrw.de; martin.volkenrath@gdp-nrw.de

Glücksnummern des Monats

45 3101
Frank Seidemann, Duisburg
45 3674
Franz Janßen, Heinsberg
45 2950
Rainer Holtermann, Düsseldorf
45 3105
Bettina Eschen, Essen

Die Gewinner im Dezember erhalten einen GdP-„Taschenalarm“.

Senioren aktuell

Kreisgruppe Aachen

15. Dezember, 15:00 Uhr, Senioren-Weihnachtsfeier, Saalbau Kommer, Forster Linde 55, 52078 Aachen-Forst, Anmeldung: Wanda Schmitz, Telefon 02 41/95 77-2 30 01, Anmeldeschluss ist der 12. Dezember 2016

Kreisgruppe Bottrop/Gladbeck

2. Dezember, 13:00 Uhr, Seniorenfahrt nach Vehlen zum Waldweihnachtsmarkt, Polizeiwache Bottrop, Gladbecker Str. 44, 46236 Bottrop, 13:15 Uhr, Polizeiwache Gladbeck, Jovyplatz 6, 45964 Gladbeck, Anmeldung: Martina Wenk, Telefon 0 20 41/6 95-21 22

Kreisgruppe Dortmund

14. Dezember, 17:00 Uhr, Weihnachtsfeier Senioren, Aula des PP Dortmund, Markgrafenstr. 102, 44139 Dortmund, Anmeldung: Fritz Rüßmann, Telefon 02 31/59 72 47

Kreisgruppe Düren

7. Dezember, 14:00 Uhr, Vorweihnachtliches Seniorentreffen bei Kaffee und Kuchen, Restaurant Strepp,

Am Stausee 2, 52372 Kreuzau-Obermaubach

Kreisgruppe Ennepe-Ruhr

14. Dezember, 15:00 Uhr, Nikolauskaffeetrinken, Berghäuser Hof, Hattinger Str. 121, 58332 Schwelm

Kreisgruppe Heinsberg

8. Dezember, 15:00 Uhr, Weihnachtsfeier Senioren, Gasthaus Sodekamp,-Dohmen, Breite Str. 3, 41836 Hückelhoven-Hilfarth, Anmeldung unter: 0 24 31/58 80 oder 0 24 52/92 01-200

Kreisgruppe Köln

15. Dezember, 14:00 Uhr, Jahresabschluss Seniorengruppe, Pfarrsaal St. Georg, Georgstr. 2-4/Ecke Waidmarkt, 50676 Köln

Kreisgruppe Minden-Lübbecke

8. Dezember, 15:00 Uhr, Adventskaffeetrinken, Kantine Kreishaus Minden, Portastr. 13, 32423 Minden, Anmeldung: Eberhard Hillebrand, Telefon 05 71/2 29 42, oder E-Mail: buero@gdp-minden-luebbecke.de

Kreisgruppe Olpe

1. Dezember, Weihnachtskaffeetrinken, 15:00 Uhr, Kreispolizeibehörde Olpe, Kortemickestr. 2, 57462 Olpe

KG Recklinghausen

7. Dezember, Weihnachtsfeier mit Vestischem Polizeichor, 15:00 Uhr, Gaststätte Kolpinghaus, Herzogswall 38, 45657 Recklinghausen

Kreisgruppe Unna

14. Dezember, 15:00 Uhr, Adventskaffeetrinken, Gemeindehaus Südkaamen, Perthesstr. 8, 59174 Kamen, Anmeldung erforderlich: Alfred Weber, Telefon 0 23 07/27 93 92, oder bei der Kreisgruppe

GdP aktiv

8.12., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Recklinghausen, 16:30 Uhr, Kreishaus, Kurt-Schumacher-Allee 1, Recklinghausen

7.12., GdP-Winterlesung mit den Krimi Cops, 8:00 Uhr, Zakk Düsseldorf

NACHRUFE

Katharina Junker	06.03.1923	Aachen	Ulrich Goebel	22.03.1944	Gelsenkirchen
Sigrid Brink	06.05.1942	AP Düsseldorf	Alfred Steimann	11.12.1932	Gelsenkirchen
Annette Menne	18.09.1931	AP Düsseldorf	Heike Priester	28.01.1967	Hagen
Gertrud Heimlich	13.11.1927	Bergisches Land	Helmut Bachmann	26.12.1939	Heinsberg
Willi Skusa	26.07.1925	Bochum	Hermann Kulms	14.11.1925	Heinsberg
Herbert Radtke	23.10.1925	Bonn	Josefine Küpper	20.05.1926	Kleve
Gertrud Schön	17.05.1928	Dortmund	Klaus Czogalla	14.01.1945	Mönchengladbach
Irmgard Rümke	01.08.1920	Dortmund	Wolfgang Braun	07.03.1928	Oberhausen
Heinz Weißoleck	14.03.1926	Ennepe-Ruhr	Otmar Mex	24.01.1936	Olpe
Bernhard Staeger	22.11.1958	Erfthkreis	Günter Scholz	24.12.1937	Siegen
Ingrid Euent	10.08.1953	Essen/Mülheim	Werner Sollbach	09.12.1930	Siegen
Elisabeth Kuchejda	15.07.1922	Gelsenkirchen	Erika Letzelter	02.03.1924	Wesel

